

Kapitel 6 – Perspektiven auf die Aufnahmegesellschaft

Nachdem ich mich bis hierhin überwiegend auf die Perspektive der Geflüchteten konzentriert habe, möchte ich nun die Blickrichtung wechseln und mich auf die Aufnahmegesellschaft konzentrieren – jene Menschen also, die sich in den Orten der Geflüchtetenaufnahme als Einheimische betrachten. Als lokal etablierte Gesellschaft haben sie sich soziale Ordnungsmuster gegeben, mit denen sich Neuankommende auseinandersetzen müssen. Vor allem in kleineren Städten und Dörfern, die das Hauptfeld meiner Forschung darstellen, können diese Ordnungsmuster fest geformt sein, so dass Neuankommende nur schwer ihren Platz finden. Das ist unter anderem in der Persistenz der Wohnbevölkerung begründet. Während sich die Wohnbevölkerung in großstädtischen Wohnvierteln durch Zu- und Wegzüge und innerstädtische Umzüge immer wieder umwälzt und sich damit auch soziale Ordnungsmuster verändern, gibt es diesbezüglich in ländlichen Regionen weniger Dynamik. Eine im Rahmen unserer Forschung durchgeführte Befragung unter Landbewohner:innen aus dem Jahr 2019 ergab, dass lediglich neun Prozent seit weniger als fünf Jahren in der ländlichen Gemeinde zuhause waren. Fast die Hälfte der Befragten lebten dort (44,7 %) »schon immer« und weitere 31 % seit 20 oder mehr Jahren (Schneider/Bürer/Glorius 2021). Großen Teilen der ländlichen Bevölkerung fehlt die eigene Erfahrung von Mobilität und »Fremdsein«, und zugleich sind sie viel stärker in tradierten sozialen Ordnungsmustern verhaftet als Bewohner:innen großer Städte. Durch die relativ statischen Soziastrukturen können sich starke soziale Netzwerke entwickeln, die nicht nur in informellen Verbindungen wie z.B. Nachbarschaftsbeziehungen zum Ausdruck kommen, sondern auch durch die Zugehörigkeit zu Kirchengemeinden, Sportvereinen, Kulturvereinen oder der freiwilligen Feuerwehr. Damit sind soziale Netzwerke eine wichtige Form des kollektiven Sozialkapitals, vor allem im ländlichen Raum. Wie wirkt sich das auf die Möglichkeiten von Geflüchteten aus, an diesen Orten Fuß zu fassen? Das ist eine der Leitfragen für diesen zweiten Buchteil. Diese Reise in die Befindlichkeiten der Aufnahmegesellschaft eröffnet Einblicke in den Zustand der Gesellschaft, in ihre Einstellungen und Vorstellungen in Hinblick auf soziale Ordnung, die eigene Identität und die Frage, ob und wie Fremde Teil dieser Gesellschaft werden können.

6.1 Das Ereignis der Massenankunft

Ich erinnere mich an einen der ersten Artikel, den ich über den ›Langen Sommer der Migration‹ aus Perspektive der Aufnahmegesellschaft las: Eine Familie in Niederbayern, unweit der österreichischen Grenze, wird mit einer Gruppe von Geflüchteten konfrontiert, die vor ihrem Gartentor gestrandet sind. Die Fremden bitten um Wasser und Nahrung, sie sind entkräftet. Sie kommunizieren über Gesten, denn es gibt keine gemeinsame Sprache. Die unfreiwillige Gastgeberin reicht Mineralwasser. Die Geflüchteten erschrecken bei dem Geräusch der sprudelnden Kohlensäure und scheuen sich, das Mineralwasser zu trinken. Ähnliche Irritationen bei der Suche nach einer passenden Mahlzeit: schließlich schmiert die Gastgeberin Nutellabrote, weil sie sich nicht sicher ist, ob die Geflüchteten Wurst oder Käse essen.

Dieser Zeitungsbericht bildet ein Ereignis ab, das sehr plötzlich in das Bewusstsein der deutschen Bevölkerung getreten ist. Die wenigsten hatten sich zuvor mit den bereits seit 2013 deutlich gestiegenen Ankunftsahlen von Geflüchteten in Deutschland beschäftigt oder allenfalls die politischen Diskurse um Asyl aus der Ferne verfolgt. Doch jetzt stehen die Geflüchteten direkt vor der eigenen Haustür, zumindest in den Grenzregionen. Und scheinbar kümmert sich keine offizielle Organisation um sie, zumindest nicht in den ersten Tagen der großen Ankunft im September 2015. Innerhalb von nur drei Wochen erreichen rund 135.000 Menschen die österreichisch-bayerische Grenze, mehr als 6000 pro Tag! (FAZ 24.09.2015) Überall entlang der Grenze bilden sich spontane Helfergruppen und bringen Wasser, Nahrung, Decken, Wechselbekleidung. »Das war pure Lebensrettung«, erinnert sich eine ehrenamtliche Spontanhelferin aus dem bayrischen Grenzzort Freilassing.¹ Erst nach einigen Tagen kommen hauptamtliche Akteure ins Spiel: die großen Hilfsorganisationen stellen Zelte und mobile Küchen auf. Der Bundesgrenzschutz verstärkt seine Präsenz entlang der Grenze und errichtet Registrierungsstellen. In der Stadt Freilassing wird eine leerstehende Lagerhalle als Empfangshalle ertüchtigt. Die Geflüchteten werden in Bussen von der Grenzbrücke dorthin gebracht, registriert und anschließend mit Sonderzügen in andere Regionen Deutschlands weiterverteilt. Auf diese Weise wird der Ankunftsort entlastet und kann weitere, neu ankommende Menschen versorgen. Die gesamte österreichisch-bayerische Grenzregion wird im Spätsommer 2015 ein riesiger Transitraum.²

Während dieser Zeit ist es kaum möglich, sich dem Thema zu entziehen, denn praktisch alle Medien berichten nonstop von der »Flüchtlingskrise«. Zwischen August und Dezember 2015 stehen Flüchtlingsthemen konstant an der Spitze der Nachrichtenstatistik. Im September 2015 wurde in den Hauptnachrichtensendungen der vier größten TV-Sender 12,5 Stunden über die »Flüchtlingskrise« berichtet (das zweitwichtigste Thema, der Skandal um gefälschte Abgasnormen bei Volkswagen, erreichte lediglich 96 Sen-

1 Die Beobachtungen und Gespräche aus Freilassing stammen aus einem Forschungsprojekt zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Salzburger Land, das ich im Jahr 2018 durchgeführt habe.

2 Vgl. auch die dichte Beschreibung der Ankunftssituation in Passau in Egger 2018.

deminuten) – eine zuvor nie dagewesene thematische Dominanz.³ Auch die Printmedien fokussieren auf die »Flüchtlingskrise« und decken dabei eine breite Skala von Themen und Beobachtungsebenen ab. Selbst jene, die nicht direkt Berührung mit Geflüchteten hatten, konnten sich auf diese Weise ein (medial geprägtes) Bild von der Lage machen.⁴

Die generelle Bereitschaft zur humanitären Aufnahme ist zunächst groß, wie verschiedene Meinungsumfragen zeigen. In der regelmäßig in allen EU-Staaten durchgeführten Eurobarometer-Umfrage, die vergleichende Daten zu den Einstellungen europäischer Bürger:innen generiert, stimmen Ende 2015 über 80 % der deutschen Befragten der Aussage »Unser Land sollte Flüchtlingen helfen« zu. In der gesamten EU sind es zu diesem Zeitpunkt 65 %; in Ländern, die bereits länger einem starken Zuwanderungsdruck ausgesetzt sind wie beispielsweise Italien, nur 42 % (Europäische Kommission Union 2016). Zugleich zeigen die Meinungsumfragen auch eine gewisse Skepsis hinsichtlich der Legitimität von Flucht. In einer Befragung des Allensbach Instituts aus dem Sommer 2014 nehmen zwar 83 % der Befragten an, der Grund für die Flucht seien Bürgerkriege im Heimatland der Asylsuchenden, zugleich vermuten aber drei Viertel der Befragten, die Menschen kämen vorwiegend aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland (Robert-Bosch-Stiftung 2014: 12). Zweifel an asylrelevanten Verfolgungsgründen werden auch in der alle zwei Jahre durchgeführten Mitte-Studie der Universität Leipzig geäußert. Im Jahr 2014 stimmten 55,3 % der Aussage zu: »Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.« 2016 waren es bereits 59,9 %, während im Jahr 2011 noch weniger als die Hälfte der Befragten diese Annahme teilten (Decker et al. 2016: 50). Bereits 2015 wurde sichtbar, dass Menschen im Osten Deutschlands wesentlich kritischer auf das Thema Flucht und Asyl blickten und eine höhere Ablehnung gegenüber Einwanderung im Allgemeinen zeigten als jene im Westen der Bundesrepublik. Einer Studie der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2015 folgend stimmten im Osten fast die Hälfte (47 %) der Befragten der Aussage zu, Einwander:innen seien in Deutschland nicht willkommen. Bei Befragten im Westen der Bundesrepublik lag die Zustimmung bei einem Drittel. Noch in der Vorgängerbefragung des Jahres 2012 waren derartige Unterschiede zwischen Ost und West nicht feststellbar (Bertelsmann Stiftung 2015: 14). Diese steigende Skepsis fiel zusammen mit der Entstehung der islamfeindlichen extremistischen PEGIDA-Bewegung, die in Dresden ihren Ausgang nahm und dort zum Jahreswechsel 2014/15 mit bis zu 20.000 Demonstrant:innen den Peak der Bevölkerungsbeteiligung erreichte. Die Aufnahme von Asylsuchenden in den ostdeutschen Kommunen traf also auf eine bereits erregte Diskurslandschaft, wie ich auch in meinen ersten Felderkundungen in Sachsen feststellen konnte.

3 Die Monitoringdaten stammen von den Seiten des Instituts für empirische Medienforschung GmbH, das systematisch die Hauptnachrichtensendungen der vier größten deutschen TV-Sender (RTL aktuell; SAT 1 Nachrichten; heute; tagesschau) analysiert. <https://www.ifem.de/>

4 Eine Studie der Robert-Bosch-Stiftung (2014: 21–23) ergab, dass 2014 fast die Hälfte der Bevölkerung gar keine Kontakte zu Asylsuchenden hatte, nicht einmal in Form einer flüchtigen Begegnung. Aber zwei Fünftel hatten Interesse an der persönlichen Geschichte der Geflüchteten.

6.1.1 Auf der Suche nach Unterbringungsmöglichkeiten

Bereits Ende 2014 zeichnet sich eine Überfüllung der bereitstehenden Asylunterkünfte ab. Die Situation verschärft sich deutlich im Laufe des Jahres 2015. Immer häufiger werden Geflüchtete direkt nach der Ankunft in der Erstaufnahmeeinrichtung weiter in die Landkreise und Kommunen verteilt. In den Rathäusern und Landratsämtern wird es hektisch. Viele der Bürgermeister:innen, mit denen ich im Rahmen meiner Forschungen spreche, sind durch die Kommunalwahlen im Mai 2014 neu ins Amt gekommen. Die Unterbringung der Geflüchteten ist ihre erste große Bewährungsprobe. Bürgermeister Hummel* aus Rintau*, einer rund 10.000 Einwohner:innen umfassenden Kleinstadt nordwestlich von Dresden, empfängt mich im Mai 2015 in seiner historischen Amtsstube. In seiner Gemeinde gibt es einen handfesten Konflikt, der mit dem Schlagwort »15 ja, 50 nein« Eingang in die überregionale Medienberichterstattung gefunden hat. Im Kern geht es um den Bürgerprotest in einem Rintau*er Ortsteil gegen eine in den Augen der Anwohner:innen überdimensionierte Flüchtlingsunterbringung. Wie sieht das der Bürgermeister? Er berichtet von der Aufforderung des Landratsamtes, freie Wohneinheiten zur Unterbringung von Asylsuchenden zu melden. Es sollten ca. 30–50 Personen pro Standort untergebracht werden, um den Betreuungsaufwand erträglich zu halten. Denn die Vorgaben für Flüchtlingssozialarbeit in Sachsen kalkulieren eine Vollzeitstelle pro 150 Asylsuchende, d.h. wenn Geflüchtete dezentral über ländliche Gemeinden verteilt werden, ist ein:e Flüchtlingssozialarbeiter:in »nur noch am Rumfahren und hat Null Betreuungszeit.«⁵ Allerdings gibt es im Hauptort der Gemeinde kaum Leerstand, und andere Siedlungen der mehr als 50 Ortsteile umfassenden Gemeinde kommen aufgrund ihrer peripheren Lage nicht in Frage. Als einzige mögliche Immobilie ließe sich ein ehemaliges Wohnheim für Aussiedler:innen im Hauptort ertüchtigen, das seit beinahe zehn Jahren leer steht. Doch dafür bräuchte es zusätzliche Fördermittel. Der Plan wird zunächst nicht weiterverfolgt. Als zum Ende des Jahres 2014 der Unterbringungsdruck spürbar ansteigt, wendet sich schließlich ein Privateigentümer ans Landratsamt und bietet einen Plattenbau im Ortsteil Rohdorf* an, in dem bis zu 50 Personen untergebracht werden könnten. Bis zur politischen Wende hatten dort die Arbeitskräfte einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft gewohnt, seither steht die Immobilie weitgehend leer. Das Landratsamt mietet die gesamte Unterkunft für zunächst zwei Jahre. Bürgermeister Hummel* kritisiert diese Entscheidung, da es in dem peripheren, nur 175 Einwohner:innen zählenden Rohdorf* keinerlei Infrastruktur gibt. Der Ort ist (außer Schulbus) nicht an den ÖPNV angeschlossen, es gibt keine Einkaufsmöglichkeiten, keine Schule, keinen Arzt, keinen Kindergarten. Schlechte Möglichkeiten also für neu ankommende Asylsuchende, hier Fuß zu fassen. Die Bewohner:innen von Rohdorf*, so lässt sich annehmen, stören sich an dem Kontrast zwischen der Vernachlässigung ihrer elementaren Bedürfnisse der Daseinsvorsorge und der empfundenen Zumutung, stellvertretend für die Gesamtgemeinde die kommunale Unterbringungsverpflichtung von Asylsuchenden zu erfüllen. Hinzu kommt, dass Rohdorf* erst im Januar 2014 durch Gemeindezusammenlegungen Teil von Rintau* wurde. Möglich also, dass Bürgermeister

5 Alle Zitate in diesem Abschnitt stammen aus dem Interview mit Roland Hummel* (Pseudonym), Bürgermeister von Rintau* (Pseudonym), Mai 2015.

Hummel* den Ortsteil noch nicht »auf dem Schirm« hatte, als es zu den geschilderten Entwicklungen kam. Aber da er selbst kein Gegenangebot unterbreiten kann, sieht er auch im Nachhinein keinen Verhandlungsspielraum: »Da hat man als Kommune einen ganz schlechten Diskussionsstandpunkt, wenn man sagt, dort wollen wir sie nicht hinhaben, wenn man gleichzeitig nichts anbieten kann.« Ohnehin begann die Kommunikation zwischen Landratsamt und Gemeindeverwaltung erst verspätet, als alles »schon in Sack und Tüten war«. Das Gefühl kommunalpolitischer Entscheidungsträger:innen, von den übergeordneten Behörden übergangen zu werden, sehe ich später auch noch in anderen Fallstudienorten und erlebe die Frustration, die diese Erfahrung bei den Gemeindeoberhäuptern auslöst. Zugleich wird an dieser Stelle bereits sichtbar, wie einzelne Akteure von der »Flüchtlingskrise« profitieren, nämlich indem sie endlich eine Verwendung für zuvor praktisch unvermietbare – und teils auch unbewohnbare – Immobilien finden.

Im Vorfeld der Belegung kommt es in Rintau* zu einer hitzigen Bürgerversammlung, auf der durch auswärtige NPD-Mitglieder zusätzlich Stimmung gemacht wird. Aus den Kreisen der ansässigen Bevölkerung werden verschiedenste Ängste geäußert, angefangen bei der Gefahr sexueller Übergriffe durch alleinstehende männliche Asylsuchende bis hin zu möglicherweise traumatisierenden Erfahrungen für die eigenen Kinder, wenn sie mit »schwarzen Schulkindern« konfrontiert würden. Manche äußern die generelle Angst, an dem Gebäude vorbeizugehen, wenn es von »den Fremden« bewohnt sei. Auch die für den Ortsteil zuständige Ärztin, die kurz vor der Pensionierung steht, wehrt ab: »Ich kann mit denen nicht mal reden. ... Ich geh' dort auch nicht rein, weil ich hab' einfach Angst.« Um Ängste abzubauen und um den Einwohner:innen ein wenig entgegenzukommen, baut die Gemeinde den am Gebäude vorbeiführenden Fußweg, der zur Kita des Nachbarortes führt, mit Laternen aus. Gut ausgeleuchtet, so die Annahme, würden sich die Ängste vor der Begegnung mit »den Fremden« in Grenzen halten lassen.

Im Dezember 2014 ziehen einige überwiegend aus dem Kosovo stammende Familien ein. Sie werden von einem Flüchtlingssozialarbeiter betreut, der wöchentlich vorbeikommt. Eine Helfergruppe bildet sich, die überwiegend aus Kirchenmitgliedern anderer Orte besteht. Die Ortsbevölkerung selbst verhält sich reserviert. Die Polemik um die Ankunft der Asylsuchenden hat das Dorf entzweit, der lauteste Kämpfer um die Art der Belegung (»15 ja, 50 nein«) ist inzwischen weggezogen. Der Bürgermeister spricht von der »Berliner Mauer«, die sich durch den Ort zieht. Die Flüchtlingskinder werden in der Kita des Nachbarortes nicht aufgenommen. Hauptargument ist die Sprachbarriere (»Wenn mit den Kindern mal was ist, können wir uns mit denen nicht verständigen«). Vom Sportverein des Nachbarortes werden sie mehr oder weniger verjagt (»Man hat ihnen gesagt, verschwindet, ihr habt hier nichts zu suchen.«) Der Bürgermeister droht mit dem Entzug der finanziellen Zuwendung, um den Sportverein zum Umdenken zu bewegen. Dieser Interventionsversuch geht jedoch nach hinten los, denn der Vereinsvorstand argumentiert, dass sich der Verein ohne die kommunale Unterstützung auflösen müsse und das Sportgelände dann brachliegen würde. »Die stehen auf der Kippe! Wenn ihr da jetzt Daumenschrauben ansetzt, machen die zu und dann ist in der Umgebung gar nichts mehr, und den Sportplatz müsst ihr dann selber pflegen. Also, man muss da sehr vorsichtig sein.«

Der Bürgermeister beteuert, die Menschen seien nicht von Grund auf ausländerfeindlich, es gehe hier eher um die Dimension der Zuweisung, die nicht akzeptiert würde, sowie um das Gefühl, dass eine Entscheidung über die Köpfe der Bürger:innen getroffen worden sei. Er als Bürgermeister müsse beim Management der Geflüchtetenaufnahme stets aufpassen, dass der soziale Frieden gewahrt sei und er sich nicht öffentlich angreifbar mache. Denn sonst heiße es: »Für die Asylbewerber habt ihr Geld, aber um den Sand auf dem Schulhof auszutauschen, dafür reicht es nicht mehr. Ich biete ja sofort diese Angriffspunkte.«

In dieser ersten Feldbeobachtung fallen mir bereits Aspekte auf, die mich auch in den späteren Fallstudien begleiten werden: da ist zum einen die Struktur des aufnehmenden Ortes und seine Kapazitäten an Wohnraum sowie die Verfügbarkeit von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, Gesundheitsversorgung und Mobilitätsmöglichkeiten, die objektiv für oder gegen eine Eignung des Ortes zur Unterbringung von Schutzsuchenden sprechen. Ein zweiter Aspekt ist die Haltung der ansässigen Bevölkerung und die Elemente, aus denen sich konstruktive oder destruktive Reaktionen zusammensetzen. Und da ist drittens die Art und Weise, wie lokale Schlüsselakteur:innen (in diesem Fall der Bürgermeister) ihre Rolle ausüben, wie sie Entscheidungsspielräume in der politischen Praxis nutzen und wie sie ihr Tun gegenüber der lokalen Bevölkerung begründen und legitimieren. Diese diskursive Strategie und die damit transportierten Begründungsmuster erfordern ebenfalls eine genauere Betrachtung. Denn die Erzählung von Bürgermeister Hummel* zeigt, dass der Disput über die Flüchtlingsunterbringung offensichtlich noch ganz andere, tiefer liegende Konflikthemen adressiert. Ich bekomme bald die Gelegenheit, diese Beobachtung andernorts anlässlich einer Bürgerversammlung zur Vorbereitung einer Gemeinschaftsunterkunft zu vertiefen.

6.1.2 Nur der Konflikt um Unterbringung?

Ein wichtiges Element im Umgang mit der Geflüchtetenaufnahme vor Ort war in den Jahren 2015/16 die Einwohnerversammlung. Sie wurde üblicherweise im Vorfeld einer Zuweisung veranstaltet, um die lokale Bevölkerung zu informieren, relevante Fragen zu beantworten und etwaige Sorgen und Ängste zu zerstreuen. Dabei zeigten die Bürgerversammlungen einen sehr unterschiedlichen Verlauf. Während es Orte gab, wo sich bereits während der ersten Informationsveranstaltung hunderte von Menschen in Helferlisten eintrugen, um sich bei der für die Zukunft erwarteten Unterbringung von Geflüchteten zu engagieren, geriet die Bürgerversammlung andernorts zu einem Volkstribunal, bei der die Anwesenden ihre gesammelte politische Unzufriedenheit in aggressiver Manier über den staatlichen Repräsentant:innen auskippeten.⁶ In einer von unserem Forschungsteam analysierten Bürgerversammlung in Schkeibitz*, einer Kleinstadt im Erzgebirgsvorland, wurde das Podium – bestehend aus örtlichen und regionalen Behördenvertreter:innen und dem Pfarrer als Vertreter der organisierten Zivilgesellschaft

6 Inzwischen ist das Format der Bürgerversammlung umfassend wissenschaftlich aufgearbeitet (vgl. Aumüller/Daphi/Biesenkamp 2015, Bauer 2017). Zu dem besonderen Aspekt des Nicht-Wissens im Bereich Geflüchtetenaufnahme und seines Einsatzes in kommunalen Aushandlungsprozessen vgl. Schäfer 2023.

– regelrecht niedergebrüllt. Die Veranstaltung diene dazu, über die anstehende Unterbringung von rund 70 Asylsuchenden in einem bis dato als Lehrlingswohnheim genutzten Gebäude zu informieren. Den rund 30 betroffenen Auszubildenden hatte man ersatzweise Wohnungen zur gemeinschaftlichen Nutzung angeboten. Die Wortmeldungen aus dem Publikum konzentrierten sich schnell auf den aus ihrer Sicht privilegierten Umgang mit den Asylsuchenden im Vergleich zur ansässigen Bevölkerung. So beschwerte sich ein Auszubildender über die minderwertige Ausstattung des Wohnheims, als die Lehrlinge noch dort wohnten:

Die Möbel waren zum Teil von Vorgänger, was Tische und Stühle angeht, von neu konnte dort nicht die Rede sein. Wenn ich mir das jetzt anklucke, wie hier drüben die LKWs vorfahren, was die dort an Waschmaschinen, Herden, Mobiliar so einräumen! Warum wurde für uns in dem Gebäude nicht mal was investiert, damit wir auch mal was davon haben? Oder soll für die eigenen deutschen Auszubildenden nicht ein bisschen Wohlstand da sein?⁷

Der Auszubildende artikuliert hier ein Gefühl der kollektiven Schlechterstellung gegenüber den Asylsuchenden. Durch den Hinweis auf seine eigene deutsche Staatsangehörigkeit wird die gefühlte Ungerechtigkeit im Vergleich zu den ›fremden‹ Geflüchteten noch verstärkt. Eine weitere Wortmeldung eines Rentners beurteilt die den Geflüchteten zugemessene Hilfe, die diese ohne Gegenleistung erhielten, am eigenen biographischen Erleben und kommt ebenfalls zu dem Schluss, im Vergleich schlechter gestellt zu werden.

Wenn ich jetzt irgendwo zur Krankenkasse geh', dann muss ich bitten und betteln als Rentner, damit ich meinen Zuschuss kriege, und wenn ich überlege, ich hab' dreißig Jahre lang in [Name des Unternehmens] gearbeitet, und wenn ich meine Rente hernehme, das ist eine SCHANDE eine SCHANDE! Du wirst dafür bestraft, dass Du Dein Leben lang gearbeitet hast!⁸

Dieser Aussage des Rentners Harold Wittlich* gehen seine Überlegungen des ›richtigen‹ Verhaltens in Krisensituationen voraus, die ich bereits im einleitenden Kapitel dieses Buches diskutiert habe. Er rekurriert auf die Ereignisse der friedlichen Revolution in der DDR 1989 und kritisiert auf dieser Basis die Flucht syrischer Männer, denn »wenn alle, die politisch verfolgt [sind], ihr Land einfach verlassen, anstatt in ihrem Land zu bleiben um zu helfen, dass es dort besser wird«, dann würde das Land zugrunde gehen.⁹

7 Wortmeldung Lehrling Randy Schulze* (Pseudonym) während einer Bürgerversammlung am 19.03.2015 in Schkeiatau* (Pseudonym), Erzgebirge (Sachsen).

8 Wortmeldung Rentner Harold Wittlich* (Pseudonym) während einer Bürgerversammlung am 19.03.2015 in Schkeiatau* (Pseudonym), Erzgebirge (Sachsen).

9 Eine genauere Betrachtung dieser Sequenz muss auf jeden Fall auch die hier gewählte Vergleichsebene aufs Korn nehmen. Harold Wittlich* zieht die aktive Revolutionsarbeit und das Bleiben der Eigengruppe als Vergleichsebene heran, um sich über die vorgebliche moralische Schwäche syrischer Männer auszulassen, die ihr Land im Stich lassen. Dies stilisiert die Gesamtheit der DDR-Bürger:innen zu einem ›Revolutionsvolk‹, was den objektiven Realitäten in keinem Fall ent-

Überdies habe man »weiß Gott andere Probleme im eigenen Land als mit diesen Asylbewerbern«. Damit schwenkt die Argumentation von der Begründungsebene der eigenen Biographie zum kollektiven biographischen Erleben einer Zeit der rasanten Umbrüche nach der Wende 1989, die für Schkeittau* ganz konkret eine Schrumpfung um rund ein Drittel der Bevölkerung bis zum Jahr 2015 zur Folge hatte. Diese Jahre prägten sich in das kollektive Gedächtnis als Jahre des Verlusts und allgemeinen Niedergangs ein, verbunden mit dem Erleben einer diskursiven Zurücksetzung als DDR-Bürger:innen in der gesamtdeutschen Erzählung. Das reizt zum Widerstand gegen die von überwiegend westdeutschen Eliten oktroyierten Politikansätze, die viele Ostdeutsche als unangemessen und ignorant gegenüber der eigenen Lebenssituation empfinden.¹⁰

Weitere Bürger:innen, die sich zu Wort melden, sehen durch die Umwidmung des Lehrlingswohnheims den Ausbildungsstandort Schkeittau* in Gefahr – genährt aus realen Erfahrungen von Schulschließungen und der Zusammenlegung von nicht mehr rentablen Schulstandorten während der 1990er Jahre – oder befürchten die Umwidmung anderer öffentlicher Infrastrukturen vor Ort. Die Ankunft der Geflüchteten wird also vor dem Erfahrungshintergrund des Niedergangs und der langfristigen staatlichen Vernachlässigung interpretiert, was in einem wütenden Abschlusdisput zum Ausdruck kommt:

Stephan Rust*: Kucken Sie doch die Bevölkerungszahl von Schkeittau an! Achttausend sind wir noch!

Bürgermeister: Ja was hat denn das damit zu tun, wenn mehr Leute sterben als geboren werden, was haben denn Sie damit für ein Problem?

Stephan Rust*: Herr [Bürgermeister] wer will heutzutage bei diesem Drecksstaat noch Nachwuchs? Wer? Ich selber will kein Kind mehr, weil für unsere Kinder ist nichts da, unsere Kinder werden in Ruinen aufwachsen, und die Ruinen machen DIE Leute, die Ihr Freund, Herr [Name anonymisiert], zu uns reinholt. Wissen Sie was, Herr [Bürgermeister], ich geh' jetzt nach Hause, weil was Sie hier alle durch die Bank weg von sich lassen ist meiner Meinung nach das Hinterletzte! Sage ich Ihnen so wie es ist! Und tun Sie mir bitte einen Gefallen, die Nadel, die Sie hier dran haben [zeigt auf eine Anstecknadel mit dem Ortswappen], machen Sie die ab, die ist nämlich für SCHKEITAUER! [Applaus]¹¹

spricht, worauf z.B. der Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk immer wieder hinweist (vgl. z.B. Kowalczyk 2024b).

- 10 Aktuelle Forschungsergebnisse zur Unterrepräsentation der Ostdeutschen finden sich in Kollmorgen/Vogel/Zajak 2024. Zur fortdauernden Differenz zwischen Ost- und Westdeutschland vgl. Mau 2024. Lesenswert auch die aus der politischer Beobachterinnen- und Akteursperspektive zusammengetragenen Befunde zu den psychologischen Verletzungen der Nachwendezeit bei Köpping 2018.
- 11 Wortmeldung Stephan Rust* (Pseudonym) während einer Bürgerversammlung im Mai 2015 in Schkeittau* (Pseudonym), Erzgebirge (Sachsen). Die Transkription dieser Bürgerversammlung verdanke ich Robinson Dörfel, der von 2015–2017 Teil unserer Forschungsgruppe war.

Die Betrachtung lokaler Aushandlungsprozesse am Beispiel des Diskursereignisses ›Bürgerversammlung‹ verdeutlicht die lokal variierende Einbettung der umkämpften Asylthematik. In dem hier dargestellten Beispiel dominiert das Motiv der relativen Deprivation, d.h. der subjektiv empfundenen Schlechterstellung einer sozialen Gruppe gegenüber einer anderen, in diesem Falle der Einheimischen gegenüber den Geflüchteten. Vor dem Hintergrund einer langfristig empfundenen Schlechterstellung von Ostdeutschen gegenüber Westdeutschen verstärkt sich das eigene Deprivationsempfinden, zumal den Asylsuchenden die Legitimität zum Empfang von Sozialleistungen abgesprochen wird. Angesichts der eigenen Zurücksetzungserfahrung als Ostdeutsche ist die beobachtete Fürsorge, die die Asylsuchenden von der (westdeutsch geprägten) Gesellschaft erfahren, ein Affront. Die wissenssoziologisch verankerte Annahme, dass derartige kollektive Interpretationsmuster zugleich als Handlungsorientierungen fungieren und damit wirksam für die konkrete Praxis des Umgangs mit Geflüchteten werden, unterstreicht die Notwendigkeit der kleinräumig differenzierenden Befassung mit lokalen Diskursen rings um Migration, Flucht, und Integration (vgl. Glorius/Schondelmayer 2018b).

6.1.3 Wer engagiert sich, wie und warum?

Die kleine Eingangssequenz aus der Grenzgemeinde Freilassing zeigte es bereits: die offensichtliche Notlage der gestrandeten Menschen, kombiniert mit der gefühlten Abwesenheit des Staates, mobilisierte im Sommer 2015 Tausende – nicht nur in den Grenzgemeinden, sondern im ganzen Land. Laut einer durch die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) in Auftrag gegebenen Repräsentativstudie engagierten sich im November 2015 7,3 % der Bevölkerung ehrenamtlich in der Geflüchtetenhilfe; bis Mai 2016 kletterte dieser Wert auf 8,7 %. Überdies erklärten drei Viertel der Befragten ihre generelle Bereitschaft zum Engagement für Geflüchtete (Ahrens 2017: 42). Kaum jemals hat eine gesellschaftliche Thematik so viele Menschen zugleich aktiviert, vor allem so viele Frauen! Nach einer Befragung des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung aus dem Herbst 2015 waren drei von vier Ehrenamtlichen in der Geflüchtetenhilfe weiblich. Auch hinsichtlich der beteiligten Altersgruppen zeigen die vorliegenden Studien ein klares Bild: während anfangs viele jüngere Menschen engagiert waren, konzentrierte sich das Engagement bereits ab dem Herbst 2015 auf Personen in der zweiten Lebenshälfte, vielfach ältere Berufstätige oder Rentner:innen (Karakayali/Kleist 2016: 3). Wir sahen das auch bei unseren Forschungsarbeiten, während derer wir im ganzen Land Interviews mit zivilgesellschaftlich Engagierten durchführten. Ganz überwiegend waren diese weiblich und im höheren Lebensalter. Hinsichtlich der Organisationsstruktur der ehrenamtlichen Geflüchtetenhilfe zeigt die Studie des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung die große Bedeutung von spontan gegründeten selbstorganisierten Gruppen. Vereine oder etablierte Hilfsorganisationen sind demgegenüber weit weniger einflussreich. Auch das bestätigt sich in unseren eigenen Forschungen. Gerade in kleineren Gemeinden gibt es meist einen lokalen Helferkreis, in dem sich die Helfenden organisieren, Aufgaben bündeln und untereinander verteilen. Die Bereiche des Engagements sind vielfältig und reichen von der Akquise, Aufbereitung und Verteilung von Sachspenden (z.B. Kleider-

kammer, Möbelbörse, Fahrradwerkstatt) über Betreuungs- und Begegnungsangebote (z.B. Freizeitangebote für Kinder, Nachbarschaftscafés), Beratung, Unterstützung bei Behördengängen oder Arztbesuchen sowie Dolmetschen und Sprachunterricht (vgl. Speth/Becker 2016). Häufig kommen derartige Initiativen durch den Aufruf einer lokalen Schlüsselperson zustande, etwa des Bürgermeisters oder der Pfarrerin. So war es beispielsweise in der fränkischen Landgemeinde Berglach*: Als die Entscheidung bekannt wird, dass in einem leerstehenden Gästehaus ca. 35 Asylsuchende untergebracht werden sollen, formiert sich 2015 ein Helferkreis. Den Aufruf dazu organisierte die Gemeinde, wie sich die Ehrenamtliche Elisabeth Unger* erinnert:

Es stand im Gemeindeblatt: Wer Interesse hat, kann kommen. Also da war so ein Infoabend, ja, dann wurde erst einmal gesammelt, was könnten die brauchen. Also was brauchen die, die brauchen Kontakte, die brauchen Unterricht, die brauchen Essen, Trinken, Kleidung, und dann hat halt jeder sich eingeordnet in einer Liste, für was er Interesse hätte.¹²

Das ehrenamtliche Potenzial des Ortes hatte bereits vor dem Sommer 2015 Strukturen entwickelt, auf die man jetzt aufbauen kann. Beispielsweise hatte sich ein Nachbarschaftshilfeverein gegründet, um den (meist älteren) Dorfbewohner:innen ohne eigenes Auto durch einen eigens angeschafften Kleinbus Fahrten in die benachbarten Städte zu ermöglichen. Eine weitere Schnittstelle gibt es zu einem landkreisweiten Bündnis für Toleranz, das sich einige Jahre früher gegründet hatte, um rechtsextremistischen Aktivitäten im Landkreis gemeinsam entgegenzutreten. Diese bereits etablierten Strukturen sind eine wichtige Starthilfe für den Helferkreis. Zugleich wird klar, wie bedeutsam lokale Schlüsselpersonen sind, für die gesellschaftliches Engagement eine Selbstverständlichkeit ist und die in der Lage sind, passivere Teile der Bevölkerung mitzuziehen: »Es sind immer die gleichen letztendlich, die denken, man muss sich engagieren oder irgendwas einbringen«, meint Elisabeth Unger* dazu.

Befragungsergebnisse zeigen, dass viele der spontan hinzukommenden Einzelpersonen durch die Medienberichterstattung des Fluchtsommers 2015 zur Beteiligung angetrieben wurden. Neben humanitären Motiven sehen viele Ehrenamtliche ihre Tätigkeit auch in einem gesellschaftspolitischen Kontext: sie wollen die Gesellschaft »zumindest im Kleinen mitgestalten« bzw. »ein Zeichen gegen Rassismus« setzen (vgl. Karakayali/Kleist 2016: 33). Gleichsam als Kollateraleffekt des ehrenamtlichen Engagements loben viele Befragte das entstandene Gemeinschaftsgefühl und benennen dies auch dezidiert als Grund dafür, sich längerfristig zu engagieren (ebd.: 31f). Dabei birgt das Engagement auch Herausforderungen: Eine Befragung, die im Jahr 2015 unter Ehrenamtskoordinator:innen in der Stadt Leipzig durchgeführt wurde, weist auf den hohen Anspruch an die soziale und emotionale Kompetenz von Ehrenamtlichen hin. So betonten mehrere Befragte die Bedeutung von interkultureller Kompetenz, einer gefestigten Persönlichkeit sowie von Geduld, Ausdauer und Einfühlungsvermögen im Umgang mit den

12 Interview mit Elisabeth Unger* (Pseudonym), ehrenamtlich Engagierte in Berglach* (Pseudonym), Mittelfranken, November 2019.

Geflüchteten. Demgegenüber wurde eine Grenze zu »Gutmenschen« gezogen, die »Bewohner als Opfer sehen«, »rasch ihr Gewissen beruhigen« oder »nur eigene Ideen umsetzen wollen« (vgl. Glorius 2017).

Auf lokaler Ebene ist 2015 rasch klar, dass die langwierige Integrationsarbeit ohne das vielfältige persönliche Engagement von Ehrenamtlichen nicht zu stemmen ist. Zugleich gibt es seitens der Ehrenamtlichen auch Kritik an der mangelnden Abgrenzung von Aufgaben zwischen Haupt- und Ehrenamt und den stillen Verdacht, sie würden unentgeltlich Aufgaben kompensieren, die eigentlich in der Verantwortung staatlicher Institutionen liegen sollten. Das ist auch nicht von der Hand zu weisen. In einer Studie zur ehrenamtlichen Unterstützung in Gemeinschaftseinrichtungen für Asylsuchende in der Stadt Leipzig konnte ich die Vielzahl an Aufgaben abbilden, die Ehrenamtliche übernahmen und die weit über Begegnungs- und Freizeitformate hinausgingen. Die häufigsten Aufgaben waren die Unterstützung bei der Wohnungssuche (61 %), die Festigung deutscher Sprachkenntnisse durch Konversation sowie die Hausaufgabenhilfe (je 57 %). Weitere häufige Einsatzgebiete waren die Sprachmittlung (52 %) sowie die Begleitung von Behördengängen und Arztbesuchen (48 %). Etwas weniger häufiger wurden »klassische« Einsatzgebiete für Ehrenamtliche genannt, wie die Organisation von Freizeitangeboten, Kinderbetreuung oder die Orientierung im deutschen Alltag (je 43 %). Ebenfalls aktiv waren Ehrenamtliche bei der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche sowie bei der Erteilung von Deutschunterricht (je 35 %). Viele dieser Tätigkeiten benötigen professionelle Kompetenzen oder zumindest ein einheitliches Verständnis von der Art der Aufgabe. Entsprechende Grundvoraussetzungen wurden den Ehrenamtlichen jedoch nicht abverlangt, und es wurden in der Regel auch keine Schulungsangebote gemacht. Damit wurde ein volatiles System etabliert, das Ehrenamtliche teils überforderte und durch die unklare Grenzziehung zwischen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Aufgaben auch viel Verwirrung stiftete. Dies umso mehr, wenn man den raschen Aufwuchs entsprechender Hilfsinstitutionen und die sich rasch verändernden gesetzlichen Rahmenbedingungen im Bereich Flucht und Asyl mit bedenkt, die einen andauernden Fortbildungsbedarf der haupt- und ehrenamtlichen Aktiven mit sich bringen.

6.2 Was macht eigentlich Aufnahmebereitschaft aus?

Diese ersten Blicke auf die Ankunft von Geflüchteten im »Langen Sommer der Migration« zeichnen ein divergentes Bild zwischen pragmatischer Krisenbewältigung, Anteilnahme, aber auch Skepsis und Ablehnung sowie ein großes Ausmaß an Indifferenz. Und sie geben bereits erste Hinweise darauf, dass es bei weitem nicht nur infrastrukturelle Gesichtspunkte sind, die für ein erfolgreiches Ankommen von Geflüchteten berücksichtigt werden müssen. Ebenso bedeutsam sind sozioökonomische Strukturen, gesellschaftliche Stimmungen und die Art und Weise, wie vor Ort Politik gestaltet wird, wobei zusätzlich die Einflüsse überregionaler Politiken und Diskurse wirksam werden. Daraus resultiert eine große Bandbreite an individuellen und gesellschaftlichen Reaktionen, die ich exemplarisch anhand der Gemeinden Berglach* und Hornsdorf* zeige.

6.2.1 Berglach*: »das ist relativ ruhig und gelassen gelaufen«

Berglach* ist mit rund 2.500 Einwohner:innen eine kleine, aber prosperierende Gemeinde im ländlichen Mittelfranken. Sie ist demographisch stabil, nicht zuletzt durch die Pendelmöglichkeiten in umliegende Mittel- und Oberzentren, und sie profitiert wirtschaftlich von dem reichhaltigen Arbeitsplatzangebot verschiedener Industriebetriebe in der Region. Die erste Berührung mit der ›Flüchtlingskrise‹ hatte Berglach* im Jahr 2015, als eine Gruppe unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter am Ort untergebracht wurde. Im Jahr 2016 wurde dann eine Gemeinschaftsunterkunft in einem ehemaligen Hotel am Rande von Berglach* eröffnet. Die Gemeinde hatte dabei keinen Entscheidungsspielraum, denn das Gebäude hatte ein auswärtiger Investor gekauft und an die als Unterbringungsbehörde fungierende Bezirksregierung verpachtet. Der Bürgermeister erinnert sich:

Das war damals eine Aufregung im Ort. Ich habe dann eine Veranstaltung gemacht in der TSV-Halle, wo über 200 Bürger da waren und sich das angehört haben. Es waren viele Bedenken da. Ob das gut geht [...], dass es Belästigungen gibt. Also der Hauptanhänger glaube ich war immer, Unordnung, die dann da stattfindet.¹³

Neben Wortmeldungen von ›besorgten Bürger:innen‹ und jenen, die dem Thema Geflüchtetenaufnahme grundsätzlich ablehnend gegenüberstanden, gab es aber auch eine große Bereitschaft, sich konstruktiv einzubringen. Ein bereits im Vorfeld der Unterbringung ins Leben gerufener Unterstützerkreis erhielt regen Zulauf aus der Bevölkerung und war mit rund 50 Mitgliedern einsatzbereit, noch bevor die Unterkunft eröffnet wurde. Unsere Gesprächspartner:innen betonen, dass das breite Bündnis an »etablierten« Persönlichkeiten und Bürgergesellschaft die Ausformung einer lokalen Mehrheitshaltung ermöglichte, die der Flüchtlingsunterbringung mit Empathie entgegenblickte und die kritischen Stimmen einhegte.

Ich denke, das war von Anfang an schon so, dass eine BREITE Basis da war, die gesagt hat: »Wir wollen helfen.« Und deswegen diejenigen, die Vorbehalte hatten, vielleicht halt nicht so laut waren. [...] Aber es sind halt auch lauter etablierte Leute gewesen, die dann im Dorf auch zum Teil was zu sagen hatten. Ja, der Pfarrer war dabei, Schulleiter war dabei, der Bürgermeister war dabei, Geschäftsleute waren dabei, ja, vom Sportverein welche waren dabei. Dann sagt man halt lieber nichts, auch wenn man das nicht so toll findet.¹⁴

In der Rückschau erwiesen sich die Sorgen und Ängste der Anrainer als unbegründet, da es am Ort nie zu negativen Vorkommnissen kam, wie der Berglach*er Bürgermeister

13 Interview mit Egon Meier* (Pseudonym), Bürgermeister der Gemeinde Berglach* (Pseudonym) in Mittelfranken, Februar 2019.

14 Interview mit Elisabeth Unger* (Pseudonym), ehrenamtlich Engagierte in Berglach* (Pseudonym), Mittelfranken, November 2019.

ter resümiert: »Ich sage mal, das ist relativ ruhig und gelassen gelaufen.«¹⁵ Zu Beginn der Unterbringung dominierte die Improvisation, weil die Geflüchtetenaufnahme Neuland war. Der Helferkreis initiierte ein Begegnungscafé und organisierte Deutschunterricht und Zugang zu den örtlichen Schulen, noch bevor entsprechende Strukturen oder Durchführungsbestimmungen von übergeordneten Behörden bereitgestellt waren. Die Lehrkräfte verfügten bereits über Kompetenzen in der schulischen Integration von ausländischen Kindern, da auch etliche Einwandererfamilien aus Ostmitteleuropa in der Gemeinde leben. Die Ansiedlung von Geflüchteten erhöhte die Diversität vor Ort signifikant, vor allem in den jüngeren Altersgruppen: fast ein Fünftel der Grundschüler:innen hat inzwischen eine ausländische Staatsangehörigkeit. Als wesentliche Vorzüge von Berglach* werden von den einheimischen Akteur:innen der familiäre Umgang miteinander, die gute Infrastruktur im Bereich Schule und Gesundheit, vielfältige Arbeitsmöglichkeiten sowie ein reichhaltiges Vereinsleben, insbesondere im Sportbereich, hervorgehoben. Über die Zeit haben etliche Geflüchtete Arbeit im Ort oder in der Umgebung gefunden, und durch den Erwerb von Fahrerlaubnis und PKW sind sie auch mobiler geworden. Ein großes Problem ist die Wohnsituation, denn es dominieren Eigenheime am Ort (viele davon nur noch von einzelnen Senior:innen bewohnt), der Mietwohnungsmarkt ist kaum entwickelt. In den vergangenen Jahren hat sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt zugespitzt. Freiwerdende Mietwohnungen werden sofort unter der Hand vergeben. Geflüchtete haben hier schlechte Chancen, zumal viele Vermieter:innen Vorbehalte haben, an »ausländische Menschen zu vermieten.«¹⁶ Einzig die Vermittlungsarbeit der Ehrenamtlichen kann diese Kluft überwinden und Geflüchtete und Vermieter:innen zusammenbringen: »Es ist ja, im Dorf, man kennt sich ja auch, also kann ich natürlich leichter reden und kann sagen, du hast doch da eine Wohnung zu vermieten, ich suche da, wie sieht es denn aus, können wir uns das mal anschauen?« (Ebd.)

In der zusammenfassenden Betrachtung zeichnet die Aufnahme von Geflüchteten in Berglach* vor allem die Art und Weise aus, wie sich haupt- und ehrenamtliche Akteur:innen der Aufgabe annehmen. Die Herangehensweise ist geprägt von Pragmatismus, Pflichtbewusstsein, aber auch Empathie und Neugier auf Menschen aus anderen Kulturen. Ob geflüchtete Menschen hier heimisch werden können, hängt neben den infrastrukturellen Kriterien auch ganz wesentlich davon ab, ob sie sich mit dem ländlichen Lebensstil mit all seinen Vor- und Nachteilen anfreunden können.

6.2.2 Hornsdorf*: »das Experiment hat bis jetzt funktioniert«

Auf die Gemeinde Hornsdorf*, eine rund 6.300 Einwohner:innen zählende Gemeinde in der sächsischen Lausitz, trifft vorrangig das zu, was im Laufe des Jahres 2015 von dem auf Wohnungsmarktforschung spezialisierten Unternehmen empirica mit dem Slogan »Familien aufs Land« postuliert wurde: um die Unterbringung der so zahlreich ankommenden Flüchtlingsfamilien zu bewältigen, sollten diese vor allem dort angesiedelt werden,

15 Interview mit Egon Meier* (Pseudonym), Bürgermeister der Gemeinde Berglach* (Pseudonym) in Mittelfranken, Februar 2019.

16 Interview mit Maria Neubert* (Pseudonym), ehrenamtlich Engagierte in Berglach* (Pseudonym), März 2019.

wo Wohnungen frei sind (Braun/Simons 2015). Und das war damals vor allem im ländlichen Raum gegeben, insbesondere in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands. Anders als in westdeutschen Kleinstädten verfügen viele ostdeutsche Gemeinden über kommunale Wohnungsbestände, die noch aus der Besiedlungspolitik der DDR herrühren. Damals wurde gezielt Bevölkerung in ländlichen Regionen angesiedelt, um Personal für die neu entstehenden landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften oder Industriebetriebe vorhalten zu können. Durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch nach der Wende verließen viele Menschen die ländlichen Regionen und die Leerstandsquoten in der ländlichen »Platte« stiegen. Nun, 2015, sahen viele ostdeutsche Kommunen eine win-win-Situation: durch die Unterbringung von Geflüchteten in kommunalen Wohnungen konnte einerseits der ökonomisch bedrohliche Leerstand gemildert werden. Zum anderen erhoffte man sich größere Akzeptanz bzw. weniger Widerstand der lokalen Bevölkerung gegenüber der Aufnahme von Geflüchteten, wenn sie dezentral in Wohnungen untergebracht würden, wie der Bürgermeister von Hornsdorf* argumentiert:

Ich habe damals zum Stadtrat und auch Verwaltung gesagt, wir [...] werden nicht umhinkommen [Geflüchtete unterzubringen], bei dieser Masse irgendwo, und wir hatten freien Wohnraum. Freier Wohnraum bedeutet wieder Wirtschaftseinbußen für unsere Gesellschaft, da muss ich auch gucken, wo kriege ich Einnahmen her. Dann haben wir mit dem Stadtrat und auch der Verwaltung ausgemacht, wir stellen zehn Wohnungen zur Verfügung für Familien. Das war so der Anfang gewesen, wo wir gesagt haben, wollen wir wie andere abwarten, bis es einen [Verteilungs]Schlüssel gibt, oder agieren wir und kriegen halt nicht die alleinstehenden Jugendlichen aus Syrien oder irgendwoher, sondern wirklich Familien, und so haben wir praktisch begonnen. Das war gut. Das fanden auch die Stadträte gut und in der Bevölkerung haben wir das auch so rübergebracht.¹⁷

Der Gemeinde wurden mehrere Flüchtlingsfamilien zugewiesen und in den zehn bereit gestellten Wohnungen untergebracht. Diese liegen in einem Plattenbaugebiet am Rande des Hauptortes, in dem durch die günstigen Mieten viele Menschen leben, die Transferleistungen beziehen. Aufgrund der sozialen Problemlagen erhält das Gebiet Fördergelder aus dem Europäischen Sozialfonds, um durch Beratungseinrichtungen vor Ort die langzeitarbeitslosen Bewohner:innen für den Arbeitsmarkt zu aktivieren. Parallel dazu richtet die Landkreisbehörde ein Büro des Kommunalen Integrationsmanagements ein, das auf die Geflüchteten fokussiert. Eine weitere wichtige Akteurin im Quartier ist eine Kindertagesstätte, die viele geflüchtete Kinder aufgenommen hat und diese gezielt in ihrer sprachlichen Entwicklung fördert. Anders als im Beispiel Berglach* ruht die Aufnahme und Erstorientierung der Geflüchteten also nicht auf den Schultern eines zivilgesellschaftlichen Bündnisses, sondern wird in bestehende sozialraumorientierte Strukturen integriert. Diese Herangehensweise entspricht auch der Zielsetzung des Bürgermeisters, der den Geflüchteten keine Sonderstellung zuweisen möchte:

17 Interview mit dem Bürgermeister der Gemeinde Hornsdorf* (Pseudonym) in der sächsischen Lausitz, Februar 2019.

Da wehre ich mich auch total dagegen. Ich mag das nicht, wenn wir bloß Aktivitäten machen für unsere Geflüchteten. Da kommen mir automatisch meine Hornsdorfer* und sagen: »Bürgermeister guck mal dahin, in dem Ortsteil wohnt jemand und dem geht es schlecht und schon immer schlecht. Um den müsstest du dich auch kümmern und nach dem guckt ihr nicht.« Deswegen mache ich keine Initiative nur für unsere Geflüchteten. Sondern wenn, dann für alle. (Ebd.)

Weitere wichtige Beweggründe für das lokalpolitische Handeln des Bürgermeisters sind das starke Politisierungspotenzial der Asylthematik sowie vergangene Erfahrungen mit rechtsextremen und rassistischen Umtrieben in der Region. Er erzählt von einer Messerstecherei auf einem Volksfest in den 1990er Jahren, an der auch ein vietnamesischer Vertragsarbeiter beteiligt gewesen war:

Und wie gesagt danach ist das eskaliert und dann gab es hier die Märsche [von Rechtsextremen] hier durch Hornsdorf* und, ja, das ist seit Jahren, Gottseidank, ist das weg. Das war so ein Risiko, was wir auch bewusst eingegangen sind mit den zehn Wohnungen, die wir zur Verfügung gestellt haben. Und das Experiment hat bis jetzt funktioniert, sag ich mal (ebd.).¹⁸

Vier Jahre nach dem Beginn der Geflüchtetenaufnahme scheinen die rund 70 angesiedelten Geflüchteten in den alltäglichen Abläufen angekommen zu sein: »Die haben ihren Alltag hier gefunden, genau wie der normale Bürger.« Aufgrund der entspannten Wohnungsmarktsituation und der zurückgehenden Flüchtlingszahlen nach 2016 konnten sie in den zunächst zugewiesenen Wohnungen bleiben, obwohl diese ursprünglich nur als Belegwohnungen für die Zeit des Asylverfahrens gedacht waren. Die dynamische Arbeitsmarktentwicklung mit einem großen Fachkräftebedarf und mehreren Industrieansiedlungen bietet gute Möglichkeiten der Arbeitsmarktintegration. Zum Zeitpunkt unserer Forschung wird in Zusammenarbeit mit den lokalen Arbeitgeber:innen ein Programm zur Arbeitsmarktaktivierung vorbereitet. Auch hier soll es nicht um exklusive Maßnahmen für die Geflüchteten gehen, so der Bürgermeister, sondern alle arbeitslosen Hornsdorfer:innen* werden adressiert: »Da gehts drum, wie wir Leute in Lohn und Brot bringen. Da gehören unsere Gäste natürlich genauso dazu.« Zudem sind Aktivitäten geplant, um auch die soziale Integration und die Begegnung zwischen Geflüchteten und Einheimischen zu stärken. Denn, wie das ein anderer Gesprächspartner aus Hornsdorf* reflektiert, die Beziehung zwischen Einheimischen und Geflüchteten sei derzeit vor allem durch ein »gesundes Desinteresse« geprägt.¹⁹

Beide lokalen Fallbeispiele blicken überwiegend aus der Perspektive der Bürgermeister und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen aus dem Jahr 2019 zurück in das Jahr 2015, als die »Flüchtlingskrise« plötzlich in der eigenen Gemeinde Einzug hielt. Beide Fallbeispiele weisen auf die Grundbestandteile der Geflüchtetenaufnahme hin: eine Unterbringungsmöglichkeit, später eine eigene Wohnung; Zugang zu Bildungs- und

18 Die Handlungsorientierung, mit dem eigenen Agieren den mühsam zurückgedrängten Rechtsextremisten keine Reibungsfläche zu bieten, ist auch in anderen Interviews mit lokalen Akteur:innen in Ostdeutschland zu finden.

19 Interview mit Peter Rauch* (Pseudonym), Sozialarbeiter in Hornsdorf* (Pseudonym), Mai 2019.

Beratungsangeboten, später Arbeitsmöglichkeiten; Unterstützung in Form ehrenamtlichen oder hauptamtlichen Engagements; proaktiv handelnde politische Akteur:innen; und eine kollektive gesellschaftliche Grundhaltung, die mindestens von Toleranz geprägt ist und im besten Fall Offenheit zeigt. In der Rückschau wird in beiden Gemeinden eine positive Bilanz gezogen, was die eigene Rollenwahrnehmung angeht. Man hat die verfügbaren Kräfte mobilisiert, einen Umgang mit den Ängsten der Bevölkerung gefunden und hat alle mit der Aufnahme verbundenen Herausforderungen gemeistert. Und doch zeigt bereits dieser erste vergleichende Blick erhebliche Unterschiede, sowohl was die Rahmenbedingungen der Geflüchtetenaufnahme anbelangt als auch welche Strategien angewandt wurden, um die Aufgabe zu meistern, und welche Akteursgruppen vorrangig beteiligt waren. Im Folgenden möchte ich diese Aspekte noch etwas systematischer beleuchten und beginne daher bei Überlegungen dazu, welche wissenschaftliche Perspektive für eine vergleichende Erforschung der lokalen Aufnahmepraxis geeignet wäre.

6.3 Wie erforscht man die Aufnahme von Geflüchteten in ihrer sozialräumlichen Verankerung?

Aus der Perspektive der Wissenschaftlerin stellt die Aufnahme von rund 890.000 Geflüchteten binnen weniger Monate in Deutschland ein einmaliges Setting für vergleichende Regionalforschung dar. Die Größenordnung der Ankünfte und die Mechanismen der Weiterverteilung, die zunächst auf Bundes-, dann auf Länder- und schließlich auf der Landkreisebene dem Grundsatz der Lastenteilung folgen, haben bewirkt, dass 2015 in Deutschland innerhalb weniger Monate tausende Gemeinden zu Ankunftsorten wurden, die zuvor noch kaum Berührung mit internationaler Migration hatten. Inwiefern bringen die Geflüchteten Veränderungsimpulse in diese Orte, und wie lässt man sich auf die fremd scheinenden Anderen ein? Anknüpfungspunkte zum Verständnis dieser Prozesse bieten die historischen stadtsoziologischen Forschungen der Chicagoer Schule wie auch die aktuellen Forschungen zu Ankunftsorten jenseits der großen Städte, der so genannten *New Immigrant Destinations* in den USA. Beide Forschungslinien betrachten nicht nur die sozialräumlichen und infrastrukturellen Veränderungen, die durch die Anwesenheit einer neuen, eingewanderten Bevölkerungsgruppe ablaufen, sondern verhandeln ganz grundsätzlich die Frage des Umgangs von Mehrheiten mit Minderheiten. Um die Befindlichkeiten der deutschen Mehrheitsgesellschaft diesbezüglich zu verstehen, integriere ich Erkenntnisse der Einstellungsforschung in meine Überlegungen. Abschließend stelle ich die Frage, wie sich Einstellungen und Befindlichkeiten innerhalb einer lokalen Gemeinschaft an einem konkreten Ankunftsort zu kollektiven Handlungsorientierungen ausprägen, die maßgeblich für den Vergemeinschaftungsprozess von Einheimischen und Geflüchteten sind.

6.3.1 Von der Chicagoer Schule zum Integrationsparadigma

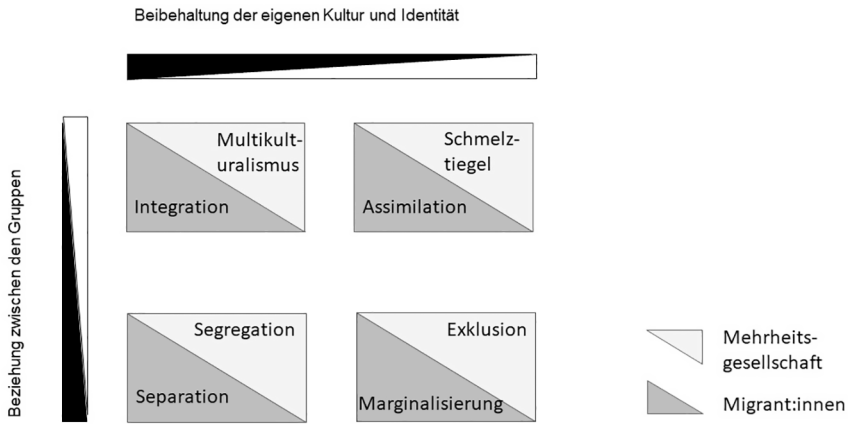
Die Chicagoer Schule der Soziologie fußt historisch auf der Auseinandersetzung mit den großen Einwanderungsbewegungen aus Europa in die USA im frühen 20. Jahrhundert

(vgl. Hennig 2012). Sie untersuchte, wie soziale Gruppen auf soziale und strukturelle Veränderungen reagieren und wie sich das sozialräumliche Gefüge durch die Ankunft neuer Gruppen verändert. Ein einschlägiges empirisches Beobachtungsfeld lag direkt vor der Haustür des Instituts: die stark durch Einwanderung geprägte Stadt Chicago. Chicago war von einer Kleinstadt Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1900 zu einer Industriemetropole mit 1,7 Millionen Einwohner:innen herangewachsen. Durch die Einwanderung aus Europa wuchs sie innerhalb von 20 Jahren auf drei Millionen Menschen. Rund die Hälfte der Bewohner:innen war außerhalb der USA geboren. Aus der Beobachtung migrationsbedingter sozialräumlicher Veränderungsprozesse wurden nach und nach allgemeingültige Erkenntnisse abgeleitet, wie etwa der durch Robert E. Park in den 1920er Jahren entwickelte *race-relations-cycle* (Park 1950). Darin skizziert er einen idealtypischen zyklischen Ablauf des interethnischen Annäherungsprozesses, angefangen bei Kontakt zwischen Angehörigen der verschiedenen Gruppen, gefolgt von Wettbewerb um knappe Ressourcen wie beispielsweise Arbeitsplätze. Als Folge des Wettbewerbs treten Konflikte zwischen den Gruppen auf, bis sich die konkurrierenden Gruppen miteinander arrangieren, etwa indem sie sich spezifische sozialräumliche oder auch berufliche Nischen suchen. In der letzten Phase des Zyklus kommt es zur »Assimilation«, nämlich zur vollständigen Amalgamierung von kulturellen oder sprachlichen Besonderheiten durch die zunehmende Vermischung beider Gruppen. Diese frühe Modellierung war in der Folge vielfältiger Kritik unterworfen, etwa hinsichtlich der unterstellten Progressivität des skizzierten Prozesses, wohingegen in der Realität auch dauerhafter Konflikt, Vertreibung oder hegemoniale Unterwerfung als Folge von Einwanderung zu beobachten sind (Han 2010: 41f). Dennoch war das Modell wegweisend für den weiteren wissenschaftlichen Diskurs. Dementsprechend waren auch darauf aufbauende Modelle meist phasenartig angelegt und nutzten ein vergleichbares begriffliches Instrumentarium. Ein Beispiel ist das in den 1970er Jahren entwickelte Akkulturationsmodell des Soziologen John W. Berry, in dem er Akkulturationsstrategien sowohl aus Perspektive der Neuankommenden als auch aus Perspektive der Mehrheitsgesellschaft entwirft (Berry 2006; sh. auch Lietz 2023) (Abb. 6.1). Das Modell berücksichtigt erstens, wie stark der Wunsch nach Beibehaltung der »eigenen« Kultur und Identität ist, und zweitens, welche Beziehung zu der jeweils anderen Gruppe angestrebt wird. Für die Zugewanderten ergeben sich als Resultat dieser beiden Dimensionen vier mögliche Strategien: 1) Integration, d.h. die Einwander:innen bewahren Ressourcen ihrer eigenen Herkunftskultur und nehmen zusätzlich neue Impulse der Ankunftskultur auf, 2) Assimilation, d.h. die Einwander:innen legen ihre eigene Herkunftskultur vollständig ab und übernehmen die Kultur der Ankunftsgesellschaft, 3) Separation, d.h. die Einwander:innen bleiben nur in ihrer Herkunftskultur verhaftet, sowie 4) Marginalisierung, d.h. die Einwander:innen können weder Bezüge zur Herkunftskultur aufrechterhalten noch Bezüge zur Kultur der Ankunftsgesellschaft herstellen. Die seitens der Mehrheitsgesellschaft gewählten Strategien lassen sich anhand der zwei Leitdimensionen ebenfalls in vier Varianten der Akkulturation differenzieren: 1) Multikulturalismus²⁰, d.h. eine Mischung der Kulturen, ohne die unterschiedlichen Einflüsse der

20 Da der Begriff des Multikulturalismus im deutschsprachigen öffentlichen und politischen Diskurs spätestens seit dem Aufkommen von AfD, PEGIDA und identitärer Bewegung in einer Art und Weise überprägt wurde, die die ursprüngliche Bedeutung des Begriffs ad absurdum führte, schlage ich

jeweiligen Herkunftskultur zu überdecken, 2) Schmelztiegel, d.h. die kulturellen Eigenheiten der Einwander:innen lösen sich vollständig im Mainstream der Gesellschaft auf, 3) Segregation, d.h. die sozialräumliche Trennung der Zugewanderten und der Ankunftsgesellschaft sowie 4) Exklusion, d.h. die Ablehnung von Intergruppenkontakt und der sozialräumliche Ausschluss der Einwander:innen.

Abb. 6.1: Strategien der Akkulturation nach John W. Berry



Quelle: Berry 2006: 35f, eigene Bearbeitung

Berry betont, dass Zugewanderte aufgrund des grundlegenden hegemonialen Gefalles zwischen bereits Anwesenden und neu Hinzukommenden kaum Entscheidungsfreiheit hinsichtlich der skizzierten Akkulturationsvarianten besitzen, sondern auf die Einstellungen der Mehrheitsgesellschaft angewiesen sind. Das ist am deutlichsten bei der Strategie der »Integration« zu erkennen: diese kann von Zugewanderten nur frei gewählt und erfolgreich umgesetzt werden, wenn die Mehrheitsgesellschaft sich offen und inklusiv verhält und kulturelle Diversität wertschätzt. Zugleich müssen Zugewanderte die Grundwerte der Mehrheitsgesellschaft übernehmen und diese muss bereit sein, Institutionen an die Bedürfnisse einer pluralistischen Gesellschaft anzupassen (Berry 2006: 35f). Die auf diese Weise entstehende multikulturelle Gesellschaft zeichnet sich den Überlegungen Berrys folgend durch die Wertschätzung kultureller Diversität und die weitgehende Abwesenheit von Vorurteilen (und daraus resultierenden Diskriminierungen) aus, sowie durch ein von allen geteiltes gesellschaftliches Zugehörigkeitsgefühl.

Vergleicht man diese frühen wissenschaftlichen Ansätze zum Annäherungsprozess in einer durch Einwanderung geprägten Gesellschaft mit dem gegenwärtigen Diskurs in der deutschen Gesellschaft, so fällt sofort die Engführung der verwendeten Terminologie auf. »Integration« wird in der integrationspolitischen Debatte in Deutschland

als geeignete »Übersetzung« den Begriff des »gesellschaftlichen Pluralismus« vor (NICHT: Ethnopluralismus). Zur sozialwissenschaftlichen Kritik am Multikulturalismus-Begriff sh. auch Schinkel 2017.

weitgehend als Anpassungsleistung von Migrant:innen verstanden, während die Rolle der Mehrheitsgesellschaft weitgehend ausgeblendet wird. Auf diese Weise prägt sich eine kollektive Vorstellung heraus, »dass man sich integrieren soll, wie das so schön heißt, aber assimilieren meint«, wie das ein Gesprächspartner im Rahmen unserer Forschungen treffend ausdrückte.²¹ Dem entsprechend wird auch der Integrationsbegriff von seinen Kritiker:innen als »Teil eines kulturalisierenden Defizitdiskurses« eingestuft, der auf einem homogenisierenden und statischen Verständnis der Mehrheitsgesellschaft basiert (Nieswand/Drotbohm 2014). Würden die wissenschaftlichen Grundlagen von Integration ernst genommen, so der niederländische Migrationsforscher Willem Schinkel, so müsste viel stärker die Rolle der ansässigen Bevölkerung berücksichtigt werden. Denn sie sei es, die durch ihr Verhalten, verbunden mit ihrer dominanten Position als lokal Etablierte, die Zugangsmöglichkeiten von Einwander:innen in die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen maßgeblich beeinflusst (Schinkel 2017).

6.3.2 Was wir aus der Forschung zu *New Immigrant Destinations* lernen können

Während meiner Suche nach brauchbaren Konzepten, mit denen sich die lokale Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland untersuchen lässt, stieß ich auch auf die jüngeren Forschungen zur amerikanischen Einwanderungsgesellschaft, die in den räumlichen Peripherien des Landes verortet ist. Verschiedenen Veränderungen von Einwanderungskontexten und Verschiebungen wirtschaftlicher Zentren folgend, richtete sich die US-amerikanische Integrationsforschung seit den 1990er Jahren auch auf Ankunftsziele jenseits der typischen großstädtischen »Schmelztiegel«. Zudem entwickelten gerade demographisch schrumpfende kleinere Städte in Kanada und den USA oder solche, die einen ökonomischen Transformationsprozess durchlebt hatten, lokale Ansiedlungsprogramme für Geflüchtete, um dadurch Impulse für die zukünftige demographische und ökonomische Entwicklung zu generieren.²² Die wissenschaftliche Forschung zu diesen weniger prominenten Ankunftsorten hatte dementsprechend auch zum Ziel, lokale Ansiedlungsprozesse auf ihren Erfolg und ihre Nachhaltigkeit zu evaluieren. Dabei zeigten sich einige wesentliche Unterschiede dieser so genannten *New Immigrant Destinations* zu traditionellen Einwanderungszielen. Beispielsweise verfügen *New Immigrant Destinations* kaum über etablierte ethnische Communities, die als erste Anlaufstelle für Neuankommende dienen könnten. Zudem fehlen Institutionen bzw. institutionalisierte Praktiken, die Neuankommende bei der Eingliederung unterstützen. Häufig führt die mangelnde Erfahrung im Umgang mit Diversität zu einer zunächst ablehnenden Haltung der ansässigen Bevölkerung (Zhuang 2023: 1031). Die empirische Forschung zeigt neben Gemeinsamkeiten von *New Immigrant Destinations* jedoch auch erhebliche Divergenzen untereinander, etwa bezüglich der strukturellen und ökonomischen Rahmenbedingungen, der politischen Ausrichtung und der daraus abgeleiteten integrationspolitischen Gestaltungsspielräume sowie hinsichtlich der Sozialstruktur der ansässigen Bevölkerung. All

21 Interview mit Peter Biermann* (Pseudonym), ehrenamtlich Engagierter, März 2020.

22 Beispielsweise die *Local Immigration Partnerships* (LIPs) in Kanada oder die *Welcoming Cities Initiative* in den USA, vgl. Zhuang 2023.

dies beeinflusst die Art und Weise, wie Migrationsereignisse vor Ort wahrgenommen, der Umgang mit ihnen verhandelt und Integrationspolitiken implementiert werden.

Ausgehend von den Erkenntnissen zu *New Immigrant Destinations* bewegte sich meine Suchrichtung zu der konkreten Aufnahmesituation und der Frage, auf welcher Grundlage sich lokale Variationen systematisch darstellen lassen. Der US-amerikanische Geograph Paul McDaniel nutzt für seine Forschungen in *New Immigrant Destinations* das Konzept der »Rezeptivität«, verstanden als grundsätzliche Offenheit gegenüber Neuem. Auf die lokale Ebene mit ihren spezifischen Strukturen und gesellschaftlichen Konstellationen heruntergebrochen bezieht der Begriff »auf ein breites Spektrum von Konzepten, Idealen, Gefühlen, Haltungen und politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Strukturen, die alle eine Rolle dabei spielen, wie ein bestimmter Ort Migrant:innen und Neuankommende aufnimmt« (McDaniel 2013: 16f, eigene Übersetzung). Was Paul McDaniel hier hervorhebt, sind nicht nur materielle Strukturen wie z.B. Wohnraum, Arbeitsmöglichkeiten oder Schulen, sondern auch die eher immateriellen Eigenschaften, wie zum Beispiel die kollektiven gesellschaftlichen und politischen Vorstellungen über Zuwanderung und das künftige Zusammenleben. Trotz gleichlautender Politikansätze kann es eine erhebliche Bandbreite von lokaler Rezeptivität in einzelnen Ankunftsorten geben. Die U.S. amerikanischen Migrationsforscher Alejandro Portes und Rubén Rumbaut betonen vor allem lokale Politikansätze als Ursache variierender Eingliederungsmöglichkeiten für Migrant:innen. Denkbar seien zwei Extrempole: die Exklusion von Einwander:innen auf der einen und ihre aktive Förderung auf der anderen Seite. Zwischen diesen beiden Extrempolen stehe die passive Akzeptanz von Einwander:innen, bei der ihre Teilhabe zwar toleriert wird, sie aber kaum mit entsprechenden Förderinstrumenten unterstützt werden (Portes/Rumbaut 2006).

Neben den Ausprägungen lokaler Integrationspolitiken sind es auch politische Diskurse und Sprachformationen, die auf den Eingliederungsprozess von Einwander:innen Einfluss nehmen. Als Element negativer Rezeptivität beschreiben die U.S. amerikanischen Integrationsforscher Manuel Pastor und John Mollenkopf politische Rhetorik, die »von spaltender Sprache, Angstmacherei, Fehlinformationen und groben Verallgemeinerungen des »Anderen« durchsetzt« ist, während positive Rezeptivität sich in einer sachlichen und faktenorientierten politischen Rhetorik bemerkbar macht, in der inklusive Begriffe verwendet werden und durch die die breite Gesellschaft zur Zusammenarbeit animiert wird (vgl. Pastor/Mollenkopf 2012, eigene Übersetzung). Will heißen: die Art und Weise, wie politische Schlüsselakteur:innen vor Ort über die Aufnahme und Integration von Geflüchteten sprechen, formt maßgeblich die öffentliche Meinung. Dies wiederum hat direkte Auswirkungen auf das »Willkommensklima« vor Ort, d.h. den kollektiven Ausdruck von zugewandten oder abweisenden Haltungen in der ansässigen Bevölkerung und die daraus abgeleiteten kollektiven Praktiken. Zwischen aktiver Inklusion in Form ehrenamtlichen Engagements und aktiver Ablehnung in Form von Sabotage oder öffentlichem Protest ist eine große Bandbreite von Haltungen und Praktiken vorstellbar, welche sich direkt auf das soziale Wohlbefinden von Geflüchteten und anderen Zugewanderten niederschlagen.

6.3.3 Erkenntnisse der Einstellungsforschung

Eine weitere Quelle des Erkenntnisgewinns ist die Einstellungsforschung mit ihren Möglichkeiten, gesellschaftliche Haltungen gegenüber Einwanderung, Geflüchtetenaufnahme bzw. gegenüber verschiedenen Gruppen von Migrant:innen (in Bezug auf Herkunft und Religion) zu erkunden. Für Deutschland bieten sich beispielsweise die Befragungsergebnisse der so genannten ›Mitte-Studien‹ bzw. ›Autoritarismus-Studien‹ an, die als Langzeitstudien zweijährlich die Entwicklung von Vorurteilen gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten in Deutschland im Zusammenhang mit sozialen und ökonomischen Verhältnissen untersuchen.²³ Ihren Ausgangsgedanken finden die Mitte-Studien in der demokratietheoretisch begründeten Gleichwertigkeitsnorm, d.h. den demokratische Gesellschaften charakterisierenden Grundsatz von der Gleichwertigkeit aller Menschen, aus der wiederum der normative Anspruch der Gleichbehandlung hervorgeht (Mokros/Zick 2023: 149). Dieser Norm steht die Ideologie der Ungleichwertigkeit gegenüber, also »erworbene und gesellschaftlich geteilte Einstellungen, die neben kognitiv überformten Bildern und Vorstellungen darüber, wie Personen einer Gruppe ›typischerweise‹ aussehen oder sein würden, auch Emotionen wie Neid, Wut, Angst oder Hass und diskriminierende Verhaltensabsichten umfassen« (ebd.: 152).

Gemessen wird die Hinwendung zur Ideologie der Ungleichwertigkeit bzw. die Abwendung vom Gleichwertigkeitsgrundsatz mit einem Fragenkatalog, der die Zustimmung oder Ablehnung von abwertenden Aussagen zu verschiedenen Merkmalen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit misst (z.B. Sexismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus etc.). Auch die Leipziger Autoritarismus-Studien arbeiten mit dem Merkmalskatalog zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Als zentrales Erklärungsmodell zur Entstehung von Vorurteilen und Ungleichwertigkeitsvorstellungen nutzen sie das der Kritischen Theorie entstammende Autoritarismus-Konzept. Darin wird die Entstehung stereotyper und menschenverachtender Einstellungen in den Kontext struktureller Gewalt als gesellschaftlicher Norm gesetzt, die unter anderem Unterwürfigkeit und Konventionalismus hervorbringt (Decker et al. 2024b). In Bezug auf die Ankunft von Geflüchteten ermöglichen die Daten beider Studienreihen Aufschluss darüber, welche Empfindungen in der Ankunfts-gesellschaft gegenüber der Anwesenheit Geflüchteter existieren und welche Ungleichwertigkeitsvorstellungen in der gedanklichen Befassung mit migrantischen Gruppen und ihnen unterstellten Merkmalen unbewusst angezapft werden.

Unter den Merkmalen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ist die Dimension ›Rassismus‹ für das vorliegende Thema am wirkmächtigsten. Die darunter versammelten Items messen die »Abwertung und Zurückweisung von Gruppen, die als ›hin-

23 Vgl. z.B. Zick/Küpper/Krause 2016. Die so genannte ›Mitte‹-Studie misst seit 2002 im zweijährlichen Rhythmus autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Seit 2014 führen die Universität Leipzig und die Friedrich-Ebert-Stiftung jeweils eigene Mitte-Studien durch. Die von der Friedrich-Ebert finanzierte Studienreihe wurde 2014 mit der seit 2002 laufenden Langzeitstudie ›Deutsche Zustände‹ der Universität Bielefeld zusammengeführt (vgl. z.B. Heitmeyer 2003). Die Studienreihe der Universität Leipzig verlagerte ihren Fokus auf autoritäre Dynamiken und fungiert dementsprechend seit 2014 unter dem Label ›Leipziger Autoritarismus-Studien‹ (vgl. z.B. Decker et al. 2024c).

zukommende Fremde« kategorisiert, mit ›anderer Herkunft‹ und vermeintlich kulturellen wie auch scheinbiologischen Merkmalen markiert beziehungsweise als solche rassifiziert werden; dies meist ungeachtet von den tatsächlichen Herkunft und Heimat(en)« (Mokros/Zick 2023: 154f).

Aus dieser Definition geht deutlich die Subjektivität der individuellen Wahrnehmung hervor sowie die Praxis, vermeintliche ethnische oder kulturelle Besonderheiten als Erklärung für Verhaltensweisen heranzuziehen, die als unvereinbar mit den eigenen Werten, Normen oder Konventionen gelten.

Durch sogenannte Prozesse der Kulturalisierung und Ethnisierung wird dabei die Zugehörigkeit zur einen oder anderen Gruppe im Sinne von »die Anderen passen nicht zu uns« gesellschaftlich vermittelt und festgeschrieben. Sie sind zugleich Ausdruck einer Ideologie der Ungleichwertigkeit. Menschen werden also aufgrund der ihnen zugeschriebenen »Kultur« oder »Ethnie« voneinander unterschieden, als Gruppen vereinheitlicht und auf- beziehungsweise abgewertet (ebd.: 156).

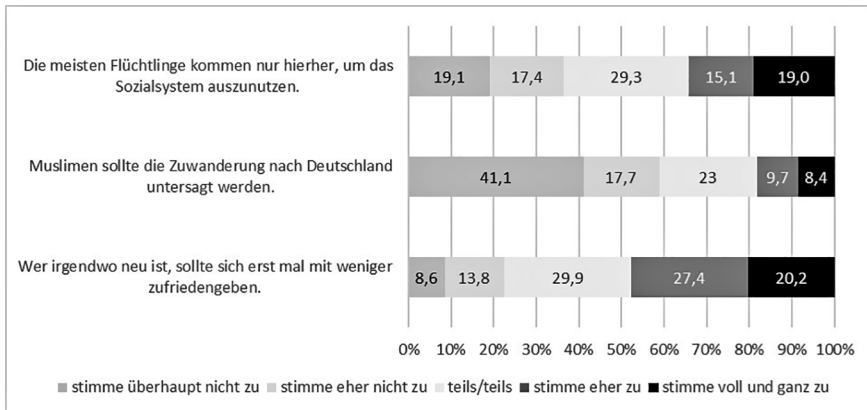
Wichtig erscheint zudem zu betonen, dass mit der Stereotypisierung und Homogenisierung der ›Anderen‹ auch die Konstruktion einer homogenen Eigengruppe einhergeht, der komplett entgegengesetzte Merkmale zugeschrieben werden, etwa was ihren Fleiß, ihre Intelligenz, ihre Anpassungsbereitschaft oder die Abwesenheit von Kriminalität betrifft.

Beide Studienreihen dokumentieren seit Jahren, dass Ressentiments gegenüber Migrant:innen und Geflüchteten kein randständiges Phänomen darstellen, sondern bis in die Mitte der Gesellschaft hinein stark verbreitet sind. Das belegen die Befragungsdaten der Mitte-Studie 2022/23 zur Dimension ›Rassismus‹ (Abb. 6.2), bei der ein Drittel der Befragten der Aussage »voll und ganz« zustimmt, Geflüchtete in Deutschland würden Asyl- bzw. Sozialmissbrauch betreiben. Weitere 29 Prozent stimmen dieser Aussage teilweise zu. Die kulturalisierende Abwertung von Muslim:innen, verbunden mit dem autoritären Gestus, diesen die Zuwanderung nach Deutschland zu untersagen, findet insgesamt bei 41 Prozent der Befragten volle oder teilweise Zustimmung. Fast zwei Drittel der Befragten können sich der Forderung von Etabliertenvorrechten anschließen, was durch deren eindeutige gruppenbezogene Hierarchisierung ebenfalls der Dimension ›Rassismus‹ zugeordnet wird (Zick/Küpper/Mokros 2023).

Ein Abgleich mit soziodemographischen Charakteristika der Befragten ergibt vor allem Unterschiede hinsichtlich Bildungsstands und gesellschaftlicher Stellung, regionaler Verortung sowie politischer Selbstverortung: so nimmt die Bereitschaft zur gruppenbezogenen Abwertung bei geringerer Schulbildung zu; ähnliche Tendenzen zeigen sich bei der Auswertung nach Einkommensklassen und subjektiver Schichtzugehörigkeit. Befragte, die sich eher im unteren Bereich der sozialen Hierarchie verorten, stimmen zu 40 % rassistischer Abwertung und Ausgrenzung zu. In der selbst definierten sozioökonomischen Mitte der Gesellschaft liegen die Zustimmungswerte bei knapp 31 %, in den oberen Segmenten der Gesellschaft bei rund 26 % (Mokros/Zick 2023: 169). Hinsichtlich der regionalen Verortung zeigen jene, die nach Eigendefinition überwiegend in Ostdeutschland aufgewachsen sind, stärkere Zustimmungswerte zu rassistischen Aussagen als jene, die in Westdeutschland aufgewachsen sind (41,2 % gegenüber 28 %). Am

stärksten jedoch fallen die Unterschiede in Bezug auf die politische Selbstverortung aus: bei jenen, die sich politisch rechts verorten, befürworten 60,7 % rassistische Aussagen, und auch alle anderen Dimensionen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind hier am stärksten ausgeprägt. In der selbst definierten politischen Mitte teilen 30,4 % rassistische Positionen; bei jenen, die sich politisch links von der Mitte einordnen, sind es 14,8 %. Noch eindeutiger zeigt sich diese Lagerung bei der Differenzierung nach Parteienpräferenzen, wo Sympathisant:innen der AfD mit 71,1 % die mit Abstand höchsten Zustimmungswerte zu rassistischen Aussagen aufweisen, mit deutlichem Abstand zu den zweithöchsten Zustimmungswerten unter Anhänger:innen der CDU/CSU mit 38,4 %. Eine Erklärung für rassistische Abwertungsmechanismen sehen die Autor:innen der Studie vor allem in der Autoritarismusthese mit ihren zentralen Komponenten der autoritären Unterordnung und autoritären Aggression (ebd.: 173f).²⁴

Abb. 6.2: Zustimmungswerte zu Aussagen aus der GMF-Dimension ›Rassismus‹, Mitte-Studie 2022/23



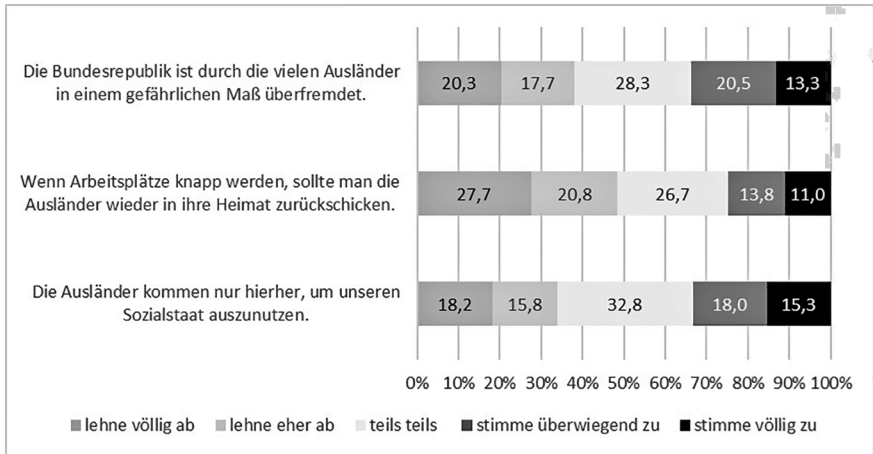
Quelle: Mokros/Zick 2023: 160f, eigene Bearbeitung

Auch die jüngste Leipziger Autoritarismus-Studie aus dem Jahr 2024 zeigt die hohe gesellschaftliche Anschlussfähigkeit rassistischer Kategorien. Das Antwortverhalten auf die migrationsbezogenen Fragenkomplexe weist auf die Wirkmächtigkeit von Feindbildern des »Ausländers« hin, die in Deutschland »weit über extrem rechte Diskurse hinaus verankert« sind, so die Autor:innen der Studie. Selbst wenn sich in den vergangenen Jahren die kollektive Selbsteinschätzung schrittweise in Richtung des Narrativs einer

24 Die Autoritarismus-These wurde durch Frank Adorno und die Frankfurter Schule entwickelt und vor allem auf die Untersuchung der deutschen Kriegs- und Nachkriegsgeneration angewandt, die durch rigide Erziehungsmethoden, autoritäre Unterordnung und die Nichtberücksichtigung individueller Bedürfnisse geprägt waren. Die eigene Erfahrung einer Anpassung unter Zwang fördert autoritäre Aggression gegenüber dem ›Anderen‹, so die These. »Wer sein eigenes Leben nicht leben konnte, hasst auch das Leben der anderen.« (Decker/Brähler 2016: 13, vgl. Adorno et al. 1950).

durch Einwanderung geprägten Gesellschaft bewegt hat, so »trennen Staat und Gesellschaft noch heute stark zwischen ›Ausländern‹ und ›Deutschen‹. Parolen wie ›Ausländer raus‹ zeugen davon« (Decker et al. 2024a: 41ff). Daher erachten es die Studienautor:innen nach wie vor als wichtig, »die Anschluss- und Zustimmungsfähigkeit solcher Parolen in der Bevölkerung zu erfassen« (ebd.). Die Befragungsdaten von 2024 bestätigen diese eher pessimistische Annahme zur Selbstwahrnehmung einer postmigrantischen Gesellschaft: 62,1 % der Befragten stimmen völlig oder teilweise der Aussage zu, Deutschland sei »durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet«. Mehr als jede:r Zweite stellt sich hinter die autoritäre Herrschaftsvorstellung, man sollte in ökonomischen Krisenzeiten »Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken«, und zwei Drittel der Befragten finden, Zuwander:innen betrieben Sozialmissbrauch (Abb. 6.3) (Decker et al. 2024a: 41).

Abb. 6.3: Zustimmungswerte zu Aussagen aus der GMF-Dimension ›Ausländerfeindlichkeit‹, Leipziger Autoritarismus-Studie 2024



Quelle: Decker et al. 2024a: 41ff., eigene Bearbeitung

6.3.4 ›Wir‹ und ›die Anderen‹: Von individuellen Einstellungsmustern zu kollektiven Handlungsorientierungen

Die bisherigen Ausführungen zeigen die Ambivalenz der gesellschaftlichen Ausgangslage zu Beginn der großen Fluchtbewegungen nach Deutschland im Jahr 2015. Einerseits beeindruckt die große und proaktive Willkommensbewegung, die sich maßgeblich aus der Zivilgesellschaft heraus entfaltete. Andererseits zeigen die relevanten Bevölkerungsumfragen eine starke Skepsis gegenüber der Aufnahme von Geflüchteten sowie manifeste und langfristig stabile Neigungen zur rassistischen Abwertung von Menschen mit Zuwanderungsmerkmalen. Was bedeutet das für das Zusammenleben, insbesondere in den ersten Jahren, in denen die hierarchischen Unterschiede so deutlich sind? Auf der einen Seite die Geflüchteten, die sich in einer sozial und ökonomisch marginalen Positi-

on wiederfinden, auf der anderen Seite die Mehrheitsgesellschaft, die an den relevanten Hebeln sitzt, welche Ausgrenzung oder Teilhabe determinieren. Jenseits der Mittelwerte zeigen die Befragungsdaten eine große Varianz in den Haltungen, die mit spezifischen soziodemographischen Merkmalen korreliert. Eine offene Haltung gegenüber Geflüchteten ist demzufolge eher bei den besser Verdienenden und besser Gebildeten zu erwarten. Sie leben eher im Westen als im Osten der Bundesrepublik, und sie halten sich vor allem von politischen Einstellungen rechts der Mitte fern. Tatsächlich scheint der stärkste Indikator für eine eher feindselige Haltung gegenüber Migrant:innen im Allgemeinen und Geflüchteten im Besonderen der Anteil an Wähler:innenstimmen für die AfD zu sein!

Neben diesen aggregierten Ergebnissen zu individuellen Einstellungsmustern und ihrem Zusammenhang mit soziodemographischen Merkmalen ist auf lokaler Ebene jedoch auch die Entstehung kollektiver Einstellungen bedeutsam. Kollektive Einstellungen sind an eine Gruppenidentität gebunden, die sich in der Abgrenzung von anderen Gruppen definiert (Tajfel/Turner 1986). Geflüchtete erscheinen in dieser gruppenbezogenen Vorstellung als neue soziale Gruppe, die die Positionierung der Eigengruppe und die Betonung der eigenen sozialen Identität herausfordert. Die ihnen zuteilwerdende materielle, emotionale und mediale Aufmerksamkeit kann in sozialen Gruppen, die sich in ihrer gesellschaftlichen Stellung nicht ausreichend wahrgenommen fühlen, zu Deprivationsempfindungen führen. Das Phänomen der relativen Deprivation, d.h. die subjektiv wahrgenommene Benachteiligung gegenüber neu ankommenden Asylsuchenden, kann aggressive Abwehrreaktionen hervorrufen, die sich in Wut, Protest, Protestwahl und Praktiken der Ablehnung äußern, so wie wir es auf der tumultartigen Bürgerversammlung im Aufnahmeort Schkeitaun* erlebt haben, wo Asylsuchende plötzlich in direkte Konkurrenz zu »deutschen Lehrlingen« treten und subjektiv betrachtet von der staatlichen Fürsorge bevorzugt werden. Genauso kann eine von zivilgesellschaftlich Aktiven aus der Mitte der Gesellschaft geteilte Haltung der bedingungslosen Fürsorge für die neu ankommenden Geflüchteten zur dominanten Handlungsorientierung werden. Das bedeutet nicht, dass sich die Gesamtheit der Gesellschaft zu Offenheit und Toleranz bekennt. Jedoch, wie es Elisabeth Unger* für das Beispiel Berglach* zeigte, kann »eine BREITE Basis [jener], die gesagt [haben]: ›Wir wollen helfen‹«, angeführt von »lauter etablierten Leute[n] im Dorf« in eine kollektive Handlungsorientierung einmünden, die eine proaktive Bearbeitung von Herausforderungen im Zusammenhang mit der Aufnahme von Geflüchteten ermöglicht.

Dieses »Wir«, das in den widerständigen ebenso wie in den fürsorglichen Einlassungen laut wird, ist ein zentraler Faktor zum Verständnis von Gesellschaften, die sich durch Migration in einem Wandlungsprozess wiederfinden. Denn durch Migration als Prozess räumlicher Mobilität wird die grundlegende gesellschaftliche Unterscheidung zwischen dem Eigenen und dem Anderen herausgefordert (Mecheril/Hoffarth 2009). Dies ist nicht nur gesamtgesellschaftlich zu beobachten, sondern auch in der räumlichen Analyseeinheit des Lokalen. Die Erschütterung der räumlich-sozialen Ordnung, die durch die Ankunft neuer Bevölkerungsgruppen in einer Gemeinde entstehen kann, ist bereits 1965 in einer wegweisenden Studie der Soziologen Norbert Elias und John L. Scotson nachzulesen. In ihrer Studie »Etablierte und Außenseiter« beobachten sie in einer englischen Kleinstadt, wie sich eine soziale Kluft zwischen einer etablierten Gruppe von langan-

sässigen Einwohner:innen und neu Zugezogenen entwickelte und verfestigte. Die etablierte Gruppe machte sich selbst zur Referenzgruppe des »Normalen«. Ihre Mitglieder hatten einen starken sozialen Zusammenhalt und betrachteten sich als moralisch überlegen. Durch Netzwerke, soziale Kontrolle und das Teilen von »Insider-Wissen« über die Gemeinschaft konnten sie ihre soziale Überlegenheit bewahren. Die Außenseitergruppe hingegen bestand aus neu Zugezogenen. Diese Gruppe hatte einen geringeren sozialen Zusammenhalt und war nicht so stark organisiert wie die etablierte Wohnbevölkerung. Die Außenseiter wurden von den Etablierten als moralisch minderwertig und als Verursacher sozialer Probleme wie Kriminalität und Unordnung betrachtet. Diese Stigmatisierung führte dazu, dass die Außenseiter von der etablierten Gruppe ausgegrenzt wurden. Elias und Scotson erkannten, dass die Etablierten durch ein starkes Gemeinschaftsgefühl eine klare Grenze zwischen der eigenen Gruppe und den Außenseitern zogen. Dieses Wir-Gefühl stärkte den inneren Zusammenhalt der Etablierten und ermöglichte ihnen, sich von den Außenseitern abzugrenzen. Auf diese Weise konnten die Etablierten ihre Machtposition aufrechterhalten und ihre eigene soziale Überlegenheit betonen (Elias/Scotson 1965).

Für die Erforschung lokaler Konstellationen der Geflüchtetenaufnahme lässt sich aus diesen Überlegungen ableiten, dass neben materiellen Strukturen und politischen Handlungsstrategien auch die »etablierten« Bevölkerungsmehrheiten in ihrer gruppenbezogenen Formation und den damit einhergehenden hierarchischen Strukturierungen bedeutsam für die Gestaltung von Aufnahme- und Integrationsprozessen sind. Dies umso mehr, da die neu Hinzukommenden nicht nur gemeinschaftsstiftende kollektive Erfahrungen vermissen lassen, sondern ihr Anderssein sich auch aus staatsbürgerrechtlichen, ethnischen, sprachlichen und kulturellen Differenzkriterien speist. Dass dieses Anderssein von einem erheblichen Teil der deutschen Bevölkerung mit Skepsis betrachtet oder gar abgelehnt wird, zeigen die Befragungsergebnisse der Mitte- und Autoritarismus-Studien. Wichtig scheint daher die Frage zu sein, was es braucht, um Teil des »Wir« zu werden. Hierfür untersuche ich im folgenden Kapitel, wie vorangegangene Migrationsereignisse auf lokaler Ebene verhandelt und erinnert werden und inwiefern frühere Gruppen von Zugewanderten Teil einer kollektiven Identität geworden sind.